



RUSSLAND
Navalny wagt Rückkehr nach Moskau
 Seite 2 und Seite 5



GESUNDHEIT
Mit reinem Sauerstoff zu jüngeren Zellen
 Leben und Wissen



DSCHUNGELCAMP
Wen Sonja Zietlow in der Show erwartet
 Leute

KONSTANZ

DONNERSTAG, 14. JANUAR 2021
 NR. 10 | 77. JAHR | K
 PREIS 2,40 EURO
www.suedkurier.de

SÜDKURIER

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG IN BADEN-WÜRTTEMBERG

WALLHAUSEN/ÜBERLINGEN

Seegold sorgt weiter für Verbindung

Das Schifffahrtsunternehmen Giess, das die Fährverbindung zwischen Wallhausen und Überlingen gewährleistet, hat den Winterbetrieb des Motorschiffes Seegold doch nicht eingestellt. Letztlich gab es eine Einigung zwischen dem Unternehmen und den Städten Überlingen und Konstanz. Die Gemeinderäte der beiden Städte hatten einer Erhöhung des Zuschusses für den Betrieb der Fährverbindung in den Wintermonaten zugestimmt. (as)

RADOLFZELL

Diskussion um den Haushalt 2021

Der Radolfzeller Gemeinderat bereitet sich auf eine wichtige Haushaltsdebatte vor. Da die Finanzen der Stadt durch die Corona-Krise in Schieflage geraten sind und es lange Diskussionen um Einsparungen gab, werden Verwaltung und Gemeinderat erst jetzt über den Haushalt 2021 abstimmen können. Die Fraktionen schlagen einen Baustopp in der Konstanzer Straße sowie ein geringeres Budget für die Heimattage als weitere Sparmaßnahmen vor. (ans)

SINGEN

Eltern wenden sich wegen Kita an OB

Eltern der Kita Bruderhof in Singens Nordstadt haben Oberbürgermeister Bernd Häusler eine Frageliste übergeben, um nicht in Vergessenheit zu geraten. Denn der Ersatzneubau der Kita mit geschätzten Kosten von fünf Millionen Euro wurde im Frühjahr auf unbestimmte Zeit vertagt, obwohl die Betroffenen seit Jahren auf einen Neubau hoffen. Ein neues Datum dafür fehlt. Der OB versichert: Das werde bei der anstehenden Haushaltsdebatte diskutiert. (isa)

HOHENFELS

Brodmann-Museum sucht neuen Leiter

Der aktuelle Leiter des Korbinian-Brodmann-Museums in Hohenfels, Jochen Goldt, will sich altersbedingt zurückziehen. Der 78-Jährige kümmert sich in der Einrichtung etwa um Führungen und die Öffentlichkeitsarbeit. Mit einem Aufruf hat der Hohenfeler Bürgermeister Florian Zindler sich auf die Suche nach einem Nachfolger gemacht, der die Stelle baldmöglichst antreten soll. Wünschenswert ist laut Zindler, dass sie ehrenamtlich bleibt. (lam)

BODENSEE-WETTER



www.suedkurier.de/wetter Seite 10
 Preise: 2,40 Euro | 3,50 sFr.



Wenig los im Lockdown: Ein Mann geht durch die verwaiste Stuttgarter Innenstadt. BILD: DPA

Die Angst vor öden Innenstädten wächst

BaWü-Check, Teil 3: Die Hälfte der Bevölkerung im Südwesten spürt direkte Auswirkungen auf ihre wirtschaftliche Situation. Das zeigt eine Umfrage der Tageszeitungen im Land

Allensbach/Stuttgart (sk/jus) Nach zehn Monaten Pandemie ist die Stimmung der Bevölkerung in Baden-Württemberg gedämpft, die Mehrheit sieht den nächsten zwölf Monaten skeptisch oder sogar mit ausgeprägten Befürchtungen entgegen. Das geht aus dem dritten BaWü-Check hervor, einer Umfrage der baden-württembergischen Tageszeitungen, ausgeführt vom Allensbacher Institut für Demoskopie (IfD). Doch es gibt auch Lichtblicke: Die Trendanalyse des IfD zeigt, dass der Optimismus seit Oktober wächst: Im Oktober sahen lediglich 30 Prozent den nächsten zwölf Monaten optimistisch entgegen, im November 37 Prozent, aktuell sind es 40 Prozent.

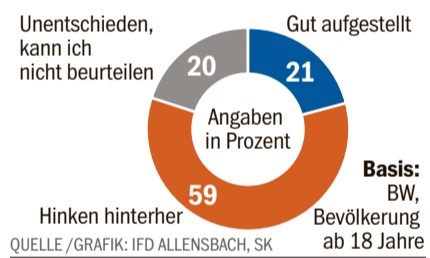
Der Umfrage zufolge verzeichnet die Hälfte der Bevölkerung im Südwesten direkte Folgen der Pandemie auf ihre wirtschaftliche Situation oder Perspektiven. 23 Prozent der Berufstätigen haben durch die Krise Einkommenseinbußen. Die überwältigende Mehrheit erwartet auch, dass sich die Innenstädte zumindest vorübergehend durch Insolvenzen von Geschäften, Restaurants und Cafés verändern werden. 70 Prozent der gesamten Bevölkerung in Baden-Württemberg teilen diese Befürchtung, 40 Prozent gehen davon aus, dass die Innenstädte dauerhaft veröden werden, während 14 Prozent auf eine rasche Wiederbelebung hoffen.

Die Sorge bestätigt der Einzelhandel in der Region: „Ohne Unterstützung, ohne den Ausgleich von Verlusten, die vor und hinter uns liegen, schaffen wir das nicht.“ Diesen Appell sandte Ronald Reischmann auf der Pressekonferenz des Handelsverbandes Baden-Württemberg. Reischmann beschäftigt rund 1000 Mitarbeiter und betreibt Sport- und Modegeschäfte, sechs davon in Ravensburg. Gestützt wird seine Befürchtung durch eine Umfrage, die der Handelsverband gestern vorstellte. Demnach rechnen knapp 70 Prozent der 300 befragten Händler damit, dass sie ohne Unterstützung ihr Geschäft in den ersten beiden Quartalen aufgeben müssen. 80 Prozent gaben an, dass ihnen die bislang gewährte Unterstützung nicht ausreiche. Mit der Initiative „Handel steht zusammen“ wenden sich die Einzelhändler mit einem Forderungspapier an die Politik, in dem sie eine Anpassung der Überbrückungshilfen III fordern.

Thema des Tages: So bewerten die Baden-Württemberger die wirtschaftliche Lage im Detail
Wirtschaft, Seite 6: Warum Waren-Abholung den Einzelhandel nicht rettet

Rückstand bei der Digitalisierung

Frage: „Was glauben Sie: Sind die Unternehmen in Baden-Württemberg beim Thema Digitalisierung alles in allem gut aufgestellt oder hinken sie da hinterher?“



Der BaWü-Check



Die Tageszeitungen in Baden-Württemberg wollen es genau wissen: Was denken die Bürger über die Arbeit der Landesregierung und die Lage im Land? Zusammen mit dem Institut für Demoskopie Allensbach werden einmal im Monat 1000 Menschen befragt. Die Ergebnisse werden in 78 Zeitungstiteln des Landes mit täglich fast fünf Millionen Lesern veröffentlicht. (sk)

KOMMENTARE

WIRTSCHAFTLICHE LAGE

Brennglas Corona

VON ANGELIKA WOHLFROM

Die Corona-Krise schlägt sich auf den Geldbeutel nieder: 18 Prozent der Baden-Württemberger geben an, dadurch finanzielle Einbußen zu erleiden. Allerdings nur bei vier Prozent der Befragten kam es dadurch zum Jobverlust. Das ist schon eine Leistung angesichts von monatelangem Lockdown. Kurzarbeitergeld und zahlreiche Corona-Hilfstöpfe zahlen sich aus. In wirtschaftlicher Hinsicht hat die Regierung – in Land und Bund – bislang vieles richtig gemacht. Die kommenden Monate aber werden erst zeigen, wie gut Deutschland wirklich durch die Pandemie kommt: Wie viele Firmen werden pleitegehen? Wie viele Läden schließen? Wie unter einem Brennglas lässt Corona die strukturellen Probleme noch mehr hervortreten? Der Lockdown zeigt, wie sehr Amazon & Co den Einzelhandel in die Enge treiben können. Allein mit Corona-Geldern lässt sich das nicht bewältigen. Um die Verödung der Innenstädte zu verhindern, wäre ganz andere, steuerpolitische Schützenhilfe gefragt.

IMPfstOFFE

Nur gemeinsam

VON DETLEF DREWES, BRÜSSEL

Was würde es Deutschen oder Franzosen nutzen, wenn sie gegen das Coronavirus geimpft wären, aber ihre Nachbarn nicht? Es war diese Frage, mit der die Chefs der Impfstoff-Hersteller viele Kritiker des europäischen Weges zum Schweigen brachten. Impfnationalismus kann kein Weg sein, wenn die Menschen ihre Freiheiten wiedergewinnen wollen.

Eine gemeinsame Impfstrategie ist die Grundvoraussetzung für eine Rückkehr zur Normalität. Mit dem gleichen Elan, mit dem in Deutschland und einigen anderen Mitgliedstaaten über Defizite bei Impfstoffen oder zu wenige Fortschritte bei den Impfungen diskutiert wird, müssten die EU-Mitgliedstaaten sich um die Bürger der Länder kümmern, die hinter den EU-Außengrenzen liegen. Denn ohne den entsprechenden Schutz der Bewohner in Afrika, Lateinamerika oder Asien wird es Fernreisen noch auf lange Sicht nicht geben. Solidarität in der Pandemie darf niemandem ausschließen. Das Virus verzeiht keine Fehler.

Lockdown auch in der Schweiz

Bern (dpa) Nach wochenlangem Zögern verschärft die Schweiz ihre Corona-Maßnahmen deutlich: Von Montag an bleiben alle Geschäfte geschlossen, die keine Güter des täglichen Bedarfs verkaufen. Zudem müssen Arbeitgeber Homeoffice anordnen, wo immer dies möglich ist. An privaten Veranstaltungen dürfen nur noch maximal fünf Personen teilnehmen. Grund sei die Ausbreitung der neuen ansteckenderen Virusvarianten, sagte Präsident Guy Parmelin in Bern. Restaurants, Kulturbetriebe, Sportanlagen und Freizeiteinrichtungen bleiben bis Ende Februar zu.

Politik, Seite 4: Fragen und Antworten zu den verschärften Regeln in der Schweiz

Vierter Impfstoff im Februar?

Brüssel (AFP) Der US-Konzern Johnson & Johnson könnte schon im Februar als vierter Hersteller einen Antrag auf Zulassung seines Corona-Impfstoffes in der EU stellen. Das sagte EU-Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides. Der Impfstoff hat gegenüber den bisher zugelassenen Mitteln den Vorteil, dass nur eine Dosis ausreicht. Zudem ist er einfacher zu lagern. Unterdessen nahmen erstmals die Chefs mehrerer großer Pharmahersteller wie Biontech-Pfizer und Moderna Stellung zur Impfstrategie der EU.

Kommentar: „Nur gemeinsam“
Wirtschaft, Seite 7: Die Impfstoff-Pläne der großen Pharma-Hersteller

Spahn ruft zum Impfen auf

Berlin (AFP) Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hat das europäische Vorgehen bei der Impfstoff-Beschaffung verteidigt und die Bürger zum Impfen aufgerufen. „Kein Land, keine Partei, keine Regierung kann alleine dieses Virus besiegen“, sagte Spahn im Bundestag. „Nur wenn über das Jahr hinweg die meisten Bürgerinnen und Bürger bereit sind, sich impfen zu lassen, können wir das Virus besiegen“, sagte Spahn. „Wir sind jetzt auf dem Weg raus aus der Pandemie.“ Deutschland erlebe derzeit eine der schwersten Phasen der Pandemie.

Politik, Seite 4: Reaktionen auf Jens Spahns Impfstrategie

UNTEN RECHTS

Party im Schrank

Die Polizei in Hameln hat einen Kindergeburtstag mit 30 Gästen aufgelöst. Um von den Beamten nicht entdeckt zu werden, schloss sich eine Frau mit fünf Kindern in der Toilette ein, wie ein Polizeisprecher schilderte. „Die anderen haben sich in Schränken versteckt.“ Nachbarn hatten sich am Dienstag bei der Polizei über den Kindergeburtstag beschwert. Entgegen den Kontaktbeschränkungen trafen sich die 30 Teilnehmer in der Wohnung. Gegen die 15 anwesenden Erwachsenen wurden Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet. (dpa)